

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667. für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3608-3610. Telegramm-Adresse: Ulsteinbau, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentl. 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch. Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr 439 · B 217

DONNERSTAG, 17. SEPTEMBER 1931

ABEND-AUSGABE · V

Meuterei mit Tradition

Schwarze Tage für die Grand Fleet. Schwarze Tage aber auch für das britische Imperium, für dessen weltumfassende Macht die Kriegsstotte Fundament und Symbol zugleich ist. Das um so mehr, je lofter das Band, das der Reichtum der Ozean um das britische Imperium gezogen hat, und je dünner der Bärenfuß von den Kolonien zum Mutterlande wurde.

England ist das Land der Tradition. Auch wenn die Flotte meutert — die britische Admiralität wagt das Wort „Streit“ —, wird die Tradition gewahrt.

Eine kurze historische Skizze: 1797 legte ein großer Teil der englischen Flotte die rote Fahne und besonders auf der See von Spithead kam es zu offenem Aufruhr. Auch damals handelte es sich in erster Linie um die Frage der Besoldung. Auch damals hat die Regierung zunächst durch Rücksichtigkeit den Aufruhr befähigt, dann aber durch den drakonischen Maßnahmen die Disziplin wieder hergestellt lassen. Im Mittelmeer ließ Jervis, später Lord St. Vincent, ein meuterndes Schiff von anderen Kriegern umstellen und die Besätze auf die Rebellen richten. Er gab ihnen wenige Stunden Zeit und verlangte, daß die Besatzung des meuternden Schiffes selbst die Rädelsführer an den Rufen aufhängen sollte. So gelang es, die Meuterei zu verhindern und die Meuterei zu verhindern und die Meuterei zu verhindern.

Wenn jetzt die meuternden Matrosen three choers auf den englischen Krieg ausbrechen, gleichgültig eine andere Anker fallen liegen, während die Offiziere den anderen listeten, so folgen sie der Tradition von 1797. Als damals Königs Geburtstag gefeiert wurde, verübten an für einen Tag die roten Fahnen, und die Schiffe flagten über Top. Am Abend aber wurden die königlichen Fahnen niedergeholt und wieder durch rote Fahnen ersetzt.

Wir in Deutschland wissen, wie leicht sich der Geist des Aufwands auch unter einer ausgezeichneten Mannschaft auf den Schiffen verbreiten kann. Das Zusammengehörigkeitsgefühl vieler Menschen auf engem Raum und auf lange Jahre schließt gar zu leicht Entpannungen, die zu unbedenklichen Auslassungen führen. Disziplin allein aber ist eine hohe Form, wenn nicht darüber hinaus ein einflussreicher Geist die Mannschaft zusammenfaßt. Und dieser Geist, der die englische Flotte groß gemacht hat, muß Schaden gelitten haben, wenn eine gewerkschaftliche Bewegung das eiserne Gesetz militärischer Unterordnung über den Decken werfen konnte. 12.000 britischen Matrosen ist es gelungen, den Führern ihren Willen aufzuzwingen. Die Matrosen, die von jedem Flottenmitglied dem Entfall am meisten gleichen, müssen abgezogen werden. Dieses Gattum wird überall dort, wo die britische Flotte Ausbruch der britischen Macht ist, dem Ansehen der Nation schweren Schaden zugefügt haben. Das ist ein trauriges Faktum für die englische Regierung, deren Sorgen von Monat zu Monat wachsen.

Wenn aber das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands ein Glückwunsch-Telegramm an die meuternden englischen Matrosen schickt, so schadet es in keinem blinden Propaganda-Eifer den britischen Gezeiten und gibt zugleich der Regierung die Waage in die Hand, strengste Strafmaßnahmen durch das Beispiel der kommunistischen Gefährdung vor der Nation zu rechtfertigen. Etwas gibt es bei dieser Aufrechterhaltung nur um den Gott, aber ebenso liegt es ihr, daß sich unter den Rädelsführern Menschen befinden, deren der Schicksalskreuzer Posten vorüberzieht, als sie zum Streit begehren. Die englische Regierung wird Flug genug sein, die wichtigsten Klagen nachzugehen und dort Abhilfe zu schaffen, wo besondere Härten durch die Wohnsituation, besonders für die verheirateten Matrosen, entstehen imd. In den unerbötig komplizierten technischen Organismus, den ein moderner Schlachtschiff darstellt, darf auch nicht ein Mann in entsetzender Stunde laß sein oder verlassen, wenn das Instrument als solches sich bewähren soll.

Der Vorfall auf der englischen Flotte hat aber noch eine andere Bedeutung, die viel tiefer in das Leben der Nation eingreift. Wir wissen in Deutschland ja so denen, wie schwer der Druck wiederholter Gehalts- und Lohnfragen auf den Betroffenen lastet, und wie groß die Befristungsprobe für die Stener des Staates ist, an deren vermehrte Arbeitslosigkeit in einem Augenblicke inpflichtet wird, in dem die finanzielle Not den Staat zwingt, sich (sich) selbst als unumkehrbarer Arbeitgeber zu erweisen. Schon wird in der englischen Öffentlichkeit davon gesprochen, daß auch das Landheer Forderungen nach dem Vorbild der Flotte anmelden sollte. Damit werden Perspektiven eröffnet, die nicht minder ernst sind als die Sorgen um Währung, Budget und Gewerkschaften.

S. v. M.

Europa soll helfen

Deutsch-französischer Dialog in Genf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 17. SEPTEMBER

Die große Wirtschaftsdebatte, die gestern bereits in der Zweiten Kommission der Völkerverbundversammlung eingeleitet wurde, führte heute zu einem großen französisch-deutschen Zwegespräch zwischen dem französischen Handelsminister Rogin und dem deutschen Wirtschaftsminister Dr. Hoffe, zu dem der schweizerische Senator Stodola eine entsprechende Einleitung lieferte.

Stodola gab die Erklärung aus, daß die Proger Regierung sich der politischen Bedeutung der Wirtschaftstagen ganz besonders unter den heutigen Verhältnissen bewußt und daß ihr auch klar sei, daß die Galleinheit Europas ihr Ziel sei, auf das man hinstreben müsse. Aber er betonte auch die Bedeutung der landwirtschaftlichen Krise besonders stark, und seine Ausführungen lassen sich in dem alten Sprichwort am besten zusammenfassen: „Der Bauer deckt, so hat's die ganze Welt.“

Auch der französische Handelsminister Rogin, der sehr eindringlich zur Lage mahnte, wie die Stunde drängt und sofortige Lösungen verlangt, stimmte der Bedeutung der landwirtschaftlichen Krise zu und erklärte die bereits abgeschlossenen oder im Aufbruch begriffenen Verträge zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen und Ungarn und anderen osteuropäischen Staaten auf der anderen Seite für eine momentane Erleichterung, wenn er auch dem deutschen Außenminister, ohne ihn zu nennen, darin zustimmte, daß er in dem Präferenzsystem durchaus nicht eine ewige Diktate erbilden wollte. Immerhin könnten diese Präferenzverträge durch die Bedingung der Rückkehr der osteuropäischen Bevölkerung indirekt zu erheblichen Härten führen. Aber die Staaten müßten heute alle zu Opfern bereit sein im Interesse der Zusammenarbeit Europas.

Europa muß sich organisieren, rief Herr Rogin aus, sonst droht ihm die vollkommene Ueberflutung durch die Arbeitslosigkeit.

Herr Rogin legte einen Antrag vor, das Subkomitee der Reichsorganisation der Völkerverbund für die Einmündigung von Vertretern des Arbeitsamts und der Wirtschaftstagen des Völkerverbunds mit der Prüfung der in Aussicht genommenen öffentlichen Arbeiten vom Standpunkt ihrer Nützlichkeit und Produktivität aus zu beauftragen.

Landgerichtsdirektor Arndt suspendiert

Strafverfahren eingeleitet

Auf Grund der von dem Senatspräsidenten beim Kammergericht, Gehoblen, im Dienstaufsichtsweg geführten Ermittlungen hat der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Landgerichtsdirektor Dr. Arndt und gleichzeitig die Amtsentsetzung bei dem Disziplinarat des Kammergerichts beantragt.

Der Disziplinarat hat antwortgemäß das förmliche Disziplinärverfahren gegen Landgerichtsdirektor Dr. Arndt eröffnet und gleichzeitig die Amtsentsetzung angeordnet. Dem Landgerichtsdirektor Dr. Arndt wird fahrlässiges Verhalten als Vorliegen im Sinne-Pöbel zur Last gelegt. Nach Untersuchungskommission in dem förmlichen Disziplinärverfahren hat der Kammergerichtspräsident den mit der Angelegenheit bereits vertrauten Senatspräsidenten Gehoblen beauftragt.

*

Die Pressestelle der Annalstammer Berlin teilt mit: Mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit gegen eine Reihe Berliner Rechtsanwälte im Zusammenhang mit der Sines-Angelegenheit erhobenen Vorwürfe hat der Vorstand der Annalstammer Berlin beschlossen, den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht zu ersuchen, in einem kriegsgerichtlichen Ermittlungsverfahren aufzuklären, ob und inwiefern diese Anwälte Verträge gegen die Standespflicht zur Last zu legen haben.

Von den mehr theoretischen Ausführungen des französischen Senatsmitglieds, die in einer Empfehlung der internationalen Kartelle als dem Mittelweg ansetzten, führte Dr. Rogin in seiner Rede die Kommission und die zahlreichen Zuhörer, die den großen Ozean des Völkerverbunds füllten, mehr in die Realität des wirtschaftlichen Lebens zurück. Er legte das auch gleich einmütig, daß er bei offenerer Zone anhängen müßte, als man dies noch nicht gewohnt ist.

Der Rückblick sei, so legte er, unbefriedigend, und der Ausblick sei nicht rosig. Der Völkerverbund sei genau im zerragenden Saße in vielen Zusammenhängen benützt gewesen, Mittel zur Abhilfe der ständig empfindlichen Krise zu finden. Aber leider hätten alle seine Empfehlungen nur in wenigen Fällen die Zustimmung der Regierungen gefunden.

Zicherung der Handelsverträge

Deutschland empfiehlt der deutsche Delegierte dringend, auf die nicht zustande gekommene Handelskonvention vom März 1930 zurückzugreifen und sie möglichst von neuem abzuschließen. Auch der von dem schweizerischen Redner empfohlene Zoll-Präferenzvertrag könne von Bedeutung sein. Durch eine Stabilisierung der Handelsbeziehungen müßte mindestens für eine gewisse Zeit einige Sicherheit für die Aufrechterhaltung der europäischen Handelsverträge geschaffen werden.

Zur Zukunft übergehend, erklärte Dr. Hoffe, daß die bisher bekannten Verhandlungen für die kommende Wirtschaftskrise und den Weltmarkt der Staaten nicht sehr viel Nutzen erhoffen lassen. Überall sei die Rede von neuen Zolltarifbündnissen, und die Sorge sei sogar nicht ungerichtlich, daß auch die letzten „Festungen des Freihandels“ fallen könnten.

Eine solche Umgestaltung der Handelspolitik, erklärte er, würde von enormer Bedeutung für ganz Europa sein. Noch schlimmer ist aber das Mittel, durch Einfuhrverbote die Wirtschaft schützen zu wollen. Der Rückfall in solche längst überholten Methoden müßte außerordentlich schlimme Folgen haben, zumal alle Methoden mit dem System der Handelsverträge überhaupt kaum noch vereinbar sind.

Glaubt man nun wirklich, fragte Hoffe die ihm aufmerksam zuhörenden Wirtschafts-Gesandten der ganzen Welt, daß solchen Mitteln der europäischen Welt flauern zu können? Wie groß muß denn die Notlage Europas und der Welt noch werden, um endlich die Erkenntnis zu werden, daß jeder auf den Nachbar abgeworfene Pfeil auch auf das eigene Land zurückfällt.

Der französische Handelsminister hat von dem selbstverständlichen Recht der Staaten gesprochen, ihre Produktion zu schützen, aber solche Produktions-Behörden, meinte Dr. Hoffe, können in doch nur immer auf kurze Zeit wirksam sein. Sehr bald komme dadurch die eigene Wirtschaft zurück und werde in den allgemeinen Notzustand hineingezogen. Jedenfalls erweise ihm diese Methode nicht als die richtige Antwort des Wundtes nach Zusammenarbeit. Diese unbedingt notwendige Zusammenarbeit unterscheidet sich von den heute immer wieder zu Tage tretenden Bestrebungen wie Feuer von Wasser.

Es kann nur besser werden, wenn die Politik der einzelnen Staaten miteinander in Übereinstimmung gebracht wird und auch jedem System der Zusammenarbeit ein Ziel gesetzt wird, das hier in Genf schon solange gelehrt wird.

Die Herstellung der industriellen Zusammenarbeit wäre Deutschland ein außerordentlich kostenschwerer Gedanke. Freilich müßte man sich auch der Grenzen bewußt sein, daß nämlich solche Industrieerzeugnisse nur für gewisse Industrien notwendig sind und daß man einen allzu starken industriellen Druck vermeiden müßte. Ist aber erst die Zusammenarbeit der Staaten einmal organisiert, kann man auch zu einer besseren Organisation der landwirtschaftlichen Produktion kommen.

In diesem Zusammenhang verweist der deutsche Delegierte auf die Vorschläge der Wirtschaftsministerkonferenzen, die von der Europakommission herkommen und die eine geeignete Grundlage für eine neue und bessere Wirtschaftspolitik der Staaten abgeben könnten. Schließlich würde es sich empfehlen, der Internationalen Wirtschaftsorganisation ein ähnliches Institut für industrielle Zwecke an die Seite zu legen.

So ist hoffbar, daß Dr. Hoffe, dem den letzten Befehl der ganzen Kommission, endlich an die Arbeit zu gehen, wie der